

Soziale Ungleichheit

Soziologen sprechen von sozialer Ungleichheit, wenn Ressourcen so verteilt sind, dass bestimmte Bevölkerungsteile regelmäßig bessere Lebens- und Verwirklichungschancen haben als andere Gruppierungen. Diese Ressourcen können materieller Art sein, zum Beispiel Einkommen oder Vermögen, aber auch immateriell, zum Beispiel Bildung und Aufstiegschancen. Aus dem Maß der Gleichheit oder Ungleichheit ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten der Teilhabe an diesen Ressourcen.

Soziale Ungleichheit beschreibt, ob bestimmte Gruppen von Menschen im Vergleich zu anderen besser oder schlechter gestellt sind. Während der wissenschaftliche Begriff keine Wertung vornimmt, ob die Verteilung von Ressourcen gerecht oder ungerecht ist, ist dies in der gesellschaftspolitischen Diskussion anders. Soziale Ungleichheit wird hier in einen engen Zusammenhang mit den Vorstellungen von Gerechtigkeit in einer Gesellschaft gebracht.

Einkommensverteilung

Soziale Ungleichheit lässt sich mit verschiedenen Methoden bestimmen. Die bekannteste Methode ist die Messung der Einkommensverteilung. Die Darstellung erfolgt mit dem Gini-Koeffizienten. Je größer dieser Koeffizient, desto ungleicher ist die Einkommensverteilung.

In allen westlichen Industriestaaten hat die Ungleichverteilung der Einkommensverhältnisse zugenommen. Der amerikanische Ökonom Branko Milanovic macht die Globalisierung dafür verantwortlich: Unternehmen verlegten ihre Produktion in Billiglohnländer und Regierungen würden Kapitalsteuern scheuen, weil sie fürchteten, Kapital könnte sonst aus ihren Ländern abgezogen werden. Auch Migration sei eine Form von Globalisierung, nur dass nicht Geld, sondern Menschen die Grenzen überquerten.

„Die meisten Ökonomen führen den Anstieg der Ungleichheit auf drei voneinander unabhängige Entwicklungen zurück: auf den technologischen Fortschritt, auf die Politik der Deregulierung und auf die wachsende Konkurrenz durch Länder wie China oder Indien. Ich bin davon überzeugt, dass alle drei Entwicklungen etwas mit der Globalisierung zu tun haben.“

Der französische Ökonom Thomas Piketty ist mit einer anderen These weltberühmt geworden. Er sieht die Hauptursache für die steigende soziale Ungleichheit in dem unterschiedlichen Wachstum von Vermögen und

Einkommen. Wer Geld hat, kann in Aktien oder Immobilien investieren und erhält daraus höhere Einkünfte als Beschäftigte aus ihrer Arbeit.

In Deutschland ist diese Entwicklung in den letzten 20 Jahren deutlich zu beobachten. Die Löhne und Gehälter der Beschäftigten stiegen langsamer (um 48 Prozent) als die Gewinne der Unternehmen und die Einkommen aus Vermögen (zum Beispiel Mieten und Kapitalerträge), die im gleichen Zeitraum um 67 Prozent zulegten.

Zusätzlich verläuft noch immer ein durchschnittliches [Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern](#). Als eine Ursache gilt die Ungleichheit zwischen den Gehältern. Diese sind im Osten im Vergleich zu den mittleren Einkommen in Westdeutschland um 300 Euro niedriger.

Neben den Gehältern der abhängig Beschäftigten werden zudem die Einkommensverhältnisse vieler Selbstständiger und Freiberufler zunehmend prekär.

Chancengleichheit

Neben der Einkommens- und Vermögensverteilung wird soziale Ungleichheit auch an der Chancengleichheit gemessen. Deutschland schneidet auf diesem Gebiet seit Jahren im weltweiten Vergleich nicht gut ab. Besonders wird dies im Bereich der Bildung deutlich. Kinder aus bildungsfernen Familien schaffen es in Deutschland viel seltener auf die Universität als Mitschüler, deren Eltern selbst einen akademischen Abschluss haben. Soziale Ungleichheit wird damit verfestigt und verstärkt sich selbst.

Je nach der Perspektive des Betrachters gibt es gravierende Unterschiede in der Bewertung der jeweiligen Zahlen zur sozialen Ungleichheit. So wird der Armutsbericht, den der Paritätische Wohlfahrtsverband jährlich für Deutschland vorlegt, in der Presse mit ebenso heftig zustimmenden wie ablehnenden Kommentaren und Meinungsäußerungen diskutiert. Einigkeit herrscht aber in einem Punkt: Sowohl arbeitgebernahe Einrichtungen wie zum Beispiel das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln als auch Wohlfahrtsverbände sind sich darin einig, dass Deutschland im Bildungsbereich Nachholbedarf hat, um die Chancenungleichheit zu senken und damit auch die Teilhabemöglichkeiten sozial benachteiligter Gruppen zu erhöhen.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Ungleichheit

Der Internationale Währungsfonds stellte 2014 in einer Studie fest, dass Volkswirtschaften mit geringerer sozialer Ungleichheit ein höheres Wachstum haben als Volkswirtschaften mit ausgeprägter sozialer Ungleichheit.

Marcel Fratzscher, der seit 2013 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) leitet, warnt vor einer Dominanz des Marktes

und den Folgen für die Gesellschaft, wenn soziale Ungleichheit unkontrolliert explodiert:

„Ungleichheit wird zu einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problem, wenn sie nicht mehr die freien Entscheidungen der Bürger widerspiegelt, sondern eine marktwirtschaftliche Ordnung, in der viele Menschen ihre Talente nicht nutzen können und kein fairer Wettbewerb herrscht. In einem solchen Land werden die Produktivität und das Wachstum der Volkswirtschaft geschwächt.“¹

Gesellschaftlich sind die Folgen zum Beispiel in einer Abwendung von etablierten Parteien und Politikern, der Nichtteilnahme an Wahlen und der Hinwendung zu alternativen Politikangeboten bemerkbar. Vor allem rechtspopulistische Debatten erhalten Zulauf. Zu kurz greift aber die Vermutung, dass nur die sogenannten Abgehängten, die Arbeits- und Zukunftslosen, die prekär Beschäftigten dafür ansprechbar sind. Es ist vielmehr ein breites Spektrum der Mittelschicht in Bewegung geraten – auch die noch Beschäftigten und Aktiven, die durchaus nicht abgehängt sind, aber dies fürchten.

Einheitlichkeit oder Gleichwertigkeit. Unser Grundgesetz hat, ebenso wie der Begriff vom Wohlstand eine Entwicklung durchgemacht. Bis zur Grundgesetzreform von 1994 war in der Verfassung noch von der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse die Rede. Seitdem spricht [Artikel 72, Absatz 2](#) von der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“.

Wege zu mehr Gleichheit

Die Frage danach, wie sich soziale Ungleichheit verringern lässt, wird ebenso kontrovers diskutiert wie die Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht. Vorschläge reichen von Modellen zur Vermögens- und Erbschaftssteuer über Sondersteuern auf Luxusgüter bis zum Wunsch nach staatlichen Sparbriefen mit Zinsgarantie oder einer Mindestkapitalausstattung für jeden volljährigen Bürger. Auch die Begrenzung von Spitzengehältern wird immer wieder diskutiert.

Einige Vorschläge sind in Deutschland bereits in staatliche Politik übersetzt worden. So wurde 2015 der Mindestlohn per Gesetz eingeführt. Er sollte die Armut senken und für mehr Einkommensgleichheit sorgen, sein Erfolg bleibt aber umstritten.

Deutlich verbessert haben sich hingegen die Einkommenschancen von Frauen. Dazu haben gesetzliche Regelungen zur Gleichbezahlung und die garantierte Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben beigetragen.

¹ Marcel Fratzscher, Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München 2016 S. 11.

Der Bereich der Bildung wurde für Deutschland schon weiter oben angesprochen. Global gesehen befürchtet Ungleichheitsforscher Branko Milanović allerdings:

„Die Bildung wird unter Umständen keinen großen Einfluss auf die Entwicklung haben, weil viele reiche Gesellschaften das Bildungsangebot qualitativ kaum noch verbessern können; dazu kommt, dass viele Beschäftigte im Dienstleistungssektor für ihre Tätigkeiten bereits überqualifiziert sind.“

Soziale Medien haben einen ausgleichenden Effekt. An jedem Punkt der Welt kann praktisch jedermann die Lebensverhältnisse in Nordamerika oder Westeuropa beobachten. Auch in den afrikanischen Staaten des Maghreb und in den desolaten Volkswirtschaften südlich der Sahel-Zone, auch in den Kriegsgebieten Syriens und Iraks. Informationen über unseren Lebensstil verbreiten sich quasi schlagartig. Aber eben auch nur schlaglichtartig.

Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. Diese drei Begriffe hatte sich die Französische Revolution von 1789 auf die Fahnen geschrieben. *„Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein“*, heißt es im Artikel 1 der *„Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“* von 1789. Aber widerspricht nicht das Freiheitsversprechen dem Gleichheitsgebot? Werden nicht Menschen ungleich, wenn sie ihre Persönlichkeit frei entfalten? Die französischen Revolutionäre haben das begriffen und als dritten Begriff die *„Brüderlichkeit“* eingeführt – heute würden wir es vielleicht moderner *„Solidarität“* nennen.

Eine grundlegende Frage in der Auseinandersetzung darüber, was man gegen soziale Ungleichheit tun kann, brachte der britische Wirtschaftsforscher Anthony B. Atkinson 2016 zurück in die Debatte:

„Während meines Studiums in Cambridge, England, und Cambridge, Massachusetts, hat man mich gelehrt, bei einer wirtschaftlichen Veränderung oder Maßnahme zu fragen: ‚Wer gewinnt und wer verliert?‘ – eine Frage, die ich in den heutigen Mediendiskussionen und politischen Debatten häufig vermisste. Viele Wirtschaftsmodelle ... klammern Verteilungsprobleme dabei aus. Dadurch bleibt kein Raum, um nach der Gerechtigkeit der Ergebnisse zu fragen.“²

Thomas Wieke, Januar 2017

² Anthony B. Atkinson, Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart 2016, S. 15.